

„Der Westen greift nicht tief in die Tasche“

Bei einer Podiumsdiskussion im Heidelberger HCA wurde über die Ukraine-Krise und mögliche Lösungen debattiert

Von Christian Altmeier

Heidelberg. Wie lässt sich der Konflikt in der Ukraine lösen? Wer ist überhaupt schuld daran? Und führt die Krise unweigerlich in einen neuen Kalten Krieg? Mit diesen Fragen beschäftigte sich die Podiumsdiskussion „Der Adler, der Stier und der Bär: Die USA, Europa und Russland auf Konfrontationskurs?“ im Heidelberg Center for American Studies (HCA). Ein Überblick über die Diskussion in Fragen und Antworten:

> Wie ist die Lage in der Ukraine? „Seit Anfang Juni gibt es eine neue Eskalation der Gefechte“, berichtete die ukrainische Politikwissenschaftlerin Inna Melnykovska von der Freien Uni Berlin. Zudem wachse die Angst vor einer neuen russischen Offensive, da derzeit eine russische Kompanie an der Grenze zur Ukraine aufmarschiere. Das Land stecke in einer tiefen Rezession. Das Bruttoinlandsprodukt sei 2014 um acht Prozent gesunken. „Hinzu kommt die humanitäre Krise durch die vielen Binnenflüchtlinge.“

> Spielt das Abkommen Minsk II vom Februar noch eine Rolle? „Seit dem Abschluss des Abkommens hat es mehr als 7000 gewaltsame Zusammenstöße in der Ostukraine gegeben“, sagte Melnykovska. Auch Tobias Weiß vom Institut für Politikwissenschaft der Uni Heidelberg hält das Abkommen faktisch für hinfällig, doch sei dies vor allem die Schuld der Ukraine. „Russland pocht auf das Minsker Abkommen, doch die Regierung in Kiew setzt die Vereinbarungen nicht um“, erklärte der Russland-Experte. Das Abkommen sei für Moskau durchaus vorteilhaft.

> Könnte sich der Konflikt auf andere Staaten in Osteuropa ausweiten? Weiß unterscheidet hier klar zwischen den neuen Nato-Mitgliedsstaaten in Osteuropa und der Ukraine, Weißrussland oder Georgien. Letztere seien für Russland eine Zone der privilegierten Interessen. „In Umfragen sprechen sich 90 Prozent der Russen gegen einen Beitritt dieser Staaten in die Nato aus. Bei Polen, Tschechien oder den baltischen Staaten haben dagegen nur etwa 20 Prozent der Russen ein Problem mit deren Nato-Mitgliedschaft“. Auch John Deni vom Strategic Studies Institute in Carlisle (USA) sieht einen deutlichen Unterschied: „Die USA haben ein großes Interesse an der Sicherheit ihrer Verbündeten in Osteuro-

pa.“ Es werde sogar über die Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen dort nachgedacht.

> Welche Ziele verfolgt Putin? Der Politikwissenschaftler Martin Thunert vom HCA glaubt, dass Putin das Zivilisations- und Wirtschaftsmodell der EU als Bedrohung empfindet. Daher unterstütze er separatistische und europafeindliche Parteien wie den Front National in Frankreich oder Ukip in Großbritannien. „Mit der permanenten Destabilisierung der Ukraine will er verhindern, dass sich das Land der EU annähern kann.“ Zudem wolle Russland mit seiner eurasischen Wirtschaftsunion eine Alternative zur EU schaffen. Weiß glaubt, dass Putin sehr stark von der öffentlichen Meinung abhängig ist. „Unpopuläre Entscheidungen korrigiert er umgehend.“

> Könnte Finnland als Vorbild für eine Lösung des Konflikts dienen? Tobias Weiß sprach sich für diesen Vorschlag aus. Bei diesem Modell der Neutralität würde der Westen anerkennen, dass Ukraine und Russland eine Sonderbeziehung haben – gemäß dem Vorbild Finnlands während des Kalten Krieges – und keine Versuche einer weiteren Annäherung betreiben. Thunert wies diese Idee jedoch als arrogant zurück, da man einem souveränen Staat nicht vorschreiben könne, wem er sich annähere. „Auch für die Ukraine gilt das Prinzip der Bündnisfreiheit, das auch Russland anerkannt hat“, erklärte Thunert. Inna Melnykovska plädierte ebenfalls gegen eine Finnlandisierung ihrer Heimat: „Viele Ukrainer sind sehr besorgt, dass über ihren Kopf hinweg entschieden wird.“ Eine Neutralität der Ukraine werde von der Bevölkerung außerdem mehrheitlich abgelehnt.

> Wäre ein föderaler Staat in der Ukraine eine mögliche Lösung? Diese Idee

brachte der emeritierte Politik-Professor Klaus von Beyme ins Gespräch, berichtete aber selbst, dass Umfragen zufolge lediglich 15 Prozent der Ukrainer eine solche Lösung befürworteten. Auch Melnykovska bestätigte, dass es noch nie ein föderales System in Russland oder der Ukraine gegeben habe und dass es sehr schwierig wäre, dem Land ein System überzustülpen, für das es keine historischen Vorbilder gebe. „Die Regierung in Kiew führt jedoch gerade eine Dezentralisierung durch, um die Kommunen zu stärken“, berichtete sie. Auch soll es Sonderrechte für den russisch geprägten Osten des Landes geben.

> Wird es in Zukunft eine stärkere Anbindung der Ukraine an den Westen geben? Dies wurde mittelfristig von allen Diskutanten für äußerst unwahrscheinlich gehalten. „Obama ist gegen eine Erweiterung der Nato nach Osten“, berichtete Deni. Zwar machten sich einige Präsidentschaftskandidaten der Republikaner für einen schnellen Beitritt der Ukraine zu dem Militärbündnis stark. „Aber das ist Wahlkampfgetöse, das sollte man nicht zu ernst nehmen“, wiegelte der Amerikaner ab. Weiß fand, der Westen habe der Ukraine falsche Hoffnungen gemacht: „Einen Wegfall der Wirtschaftsbeziehungen zu Russland kann die Ukraine durch eine engere Anbindung an den Westen nicht kompensieren.“ Und auch Thunert glaubt: „Der Westen ist nicht bereit, für die Ukraine tief in die Tasche zu greifen.“ Zwar habe man es in der Hand, die Ukraine wirtschaftlich zu überzeugen oder aufzugeben. „Ich befürchte aber, dass der Westen sie eher aufgeben wird“, meint der Politikwissenschaftler. Zu dem düsteren Ausblick passt die Aussage von John Deni, dass die Ukraine für die USA zwar durchaus wichtig sei. „Aber lebenswichtig ist sie nicht.“

Neue Kämpfe



In Marjinka begann Anfang Juni eine neue Eskalation der Kämpfe in der Ostukraine. Grafik: AFP